



Mehrere tausend Care-Migrantinnen betreuen in der Schweiz alte Menschen zu Hause – Tendenz steigend, sagen Fachleute.

ZVG

«Ein Arbeitsmarkt mit Rechtslücken»

Care Migration Stadt Zürich lanciert Informationsplattform für Alten-Pflegerinnen aus Osteuropa

VON MATTHIAS SCHARRE

Ein neues Fremdwort für Altenpflege bürgert sich ein: Care Migration. Gemeint sind Betreuerinnen, die zu meist aus Osteuropa kommen und alten Menschen in der Schweiz helfen, den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen.

«Seit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit 2011 wird viel darüber berichtet. In den Berichten wird Care Migration oft entweder als Win-win-Situation oder als ausbeuterisches Arbeitsverhältnis beschrieben. Das verunsichert», sagt Jasmine Truong. Zusammen mit der Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung hat sie deshalb die Informationsplattform www.careinfo.ch aufgebaut. Auf Deutsch, Ungarisch und Polnisch sind dort Informationen zu korrekten Arbeitsbedingungen zu finden. Zudem soll die Internet-Plattform Care-Migrantinnen dazu dienen, miteinander in Kontakt zu kommen.

«Es ist ein Arbeitsmarkt mit vielen Rechtslücken», sagt Truong. «Wenn Care-Migrantinnen auf privater Basis in Haushalten angestellt sind, sind sie nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt.» Die Folge: Arbeitszeit, Freizeit und Ruhezeit sind nicht geregelt. Care-Migrantinnen, die über eine Personalverleihagentur arbeiten, sind hingegen dem Arbeitsvermittlungsgesetz unterstellt – mit entsprechenden kurzen Kündigungsfristen. «So oder so sind die Arbeitsbedingungen prekär. Die Arbeitsunsicherheit ist

gross und lange Arbeitstage werden am Arbeitsplatz Privathaushalt begünstigt», sagt Truong, die das Thema Care-Migration seit gut zwei Jahren erforscht.

Rund um die Uhr im Haus

In der Regel wohnen die Care-Migrantinnen rund um die Uhr im gleichen Haushalt wie die von ihnen Betreuten. «Typischerweise bleiben sie für vier Wochen, dann kehren sie für vier Wochen in ihr Heimatland zurück und kommen danach wieder. In der Zwischenzeit übernimmt eine

Wechselpartnerin die Betreuung», so Truong weiter. Gesicherte Zahlen über das Ausmass der Care-Migration gebe es nicht. «Fachleute gehen von mehreren tausend Care-Migrantinnen in der Schweiz aus, Tendenz steigend», sagt Truong.

Mit der Informationsplattform wolle sie auch eine konstruktive Diskussion über Care-Migration und Altenpflege lancieren. Zum Auftakt melden sich Zürchs Stadtpräsidentin Corine Mauch und Care-Migrantin Ildiko Taba auf der gestern lancierten Website zu Wort: «Die Care-

Migrantinnen übernehmen eine zentrale und anspruchsvolle Aufgabe in unserer Gesellschaft», sagt Mauch – und benennt die Kehrseite der Medaille: «Häufig wenig geregelte Arbeitsbedingungen, Überlastung der Care-Migrantinnen durch die Rund-um-die-Uhr-Präsenz und das daraus resultierende Risiko für die betreuten Personen.» Care-Migrantin Taba (siehe Porträt) berichtet: «Allein aus meinem Heimatdorf pflegen 200 Frauen Betagte und Demenzkranke in Deutschland, Österreich und der Schweiz.»

■ PORTRÄT: «ICH HABE SIE IMMER BIS ZUM STERBEN BEGLEITET»



Kurz nach Mittag findet **Ildiko Taba** (Bild) Zeit für ein Telefongespräch. «Von eins bis zwei habe

ich immer Mittagspause», sagt die Ungarin. Ihre Arbeitgeberin lege sich dann jeweils zum Mittagsschlaf hin. Seit zehn Jahren betreut Taba in der Schweiz Demenzkranke in deren eigenem Zuhause. «Ich habe sie immer bis zum Sterben begleitet», sagt sie. Schon als Kind habe sie miterlebt, wie ihre Grosseltern zu Hause starben. Für

Taba war von klein auf klar: «Wir müssen dort helfen, wo wir können.» Sie stammt aus einem 3500-Seelen-Dorf südlich von Budapest, in dem noch das Deutsch der Donauschwaben gesprochen wird. **Dass sie im Ausland Arbeit suchte, hatte wirtschaftliche Gründe:** Die Arbeitslosenquote in ihrer Heimat ist hoch. Und die Eltern konnten Taba und ihre fünf Geschwister finanziell nicht unterstützen. Nachdem die gelernte Sozialarbeiterin zunächst in Deutschland gearbeitet hatte, wo sie «eher Haushälterin als Betreuerin war», kam sie mit 27 Jahren

in die Schweiz. «Mein Berufsalltag ist immer wieder anders, je nach Zustand der Patienten», sagt sie. Drei Demenzkranke habe sie bisher in der Schweiz bis zum Tod betreut. Ihre jetzige Arbeitgeberin sei körperlich noch fit, deren Mann berufstätig. «Wir sitzen zusammen, gehen einkaufen, malen Mandalas oder machen im Garten etwas», schildert Taba ihre Arbeit. **«Ich wohne im gleichen Haus. Diese Leute brauchen einfach Sicherheit.»** Abends habe sie nichts zu tun. Und nachts könne sie durchschlafen, da ihre Arbeitgeberin auch

durchschlafe. Aus dem Hintergrund ist deren Stimme zu hören. «Ich komme gleich, bin nur kurz am Telefon», ruft Taba ihr zu. Die Care-Migrantin zeigt sich zufrieden mit ihrer Arbeit: «Ich fühle mich nicht ausgenutzt. Bisher hat jeder meine Arbeit geschätzt. Vielleicht hatte ich Glück.» Auch die Bezahlung sei mit netto 135 Franken pro Tag plus Reisespesen gut. Nach vier Wochen reise sie normalerweise für vier Wochen zurück nach Ungarn. «Ich brauche auch ein Privatleben», sagt Taba. Länger am Stück zu arbeiten, ginge nicht – und wäre ungesund. (MTS)

AL reicht Rekurs gegen Kredit für Tramdepot ein

Stimmrechtsrekurs Gegen den 30-Millionen-Kredit für die Sanierung des Zürcher Tramdepots Elisabethenstrasse regt sich Widerstand: Die AL hat beim Bezirksrat einen Stimmrechtsrekurs eingereicht. Ihrer Meinung nach soll der Gemeinderat über die weitergehende energetische Sanierung entscheiden.

«Kein Entscheidungsspielraum»

Vergangene Woche hatte die Stadt über die geplante bautechnische und energetische Sanierung des gut 70 Jahre alten Tramdepots nahe der Kalkbreite informiert. Die Ausgaben seien gebunden, hiess es damals.

Für den Stadtrat bestehe «kein wesentlicher Entscheidungsspielraum, auch nicht für die Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs», hiess es in einer Mitteilung. Das Bundesgericht habe im Juni 2012 die Gebundenheit von Ausgaben im Fall einer derartigen Gesamtansanierung bestätigt.

Für die AL ist dagegen strittig, ob der Stadtrat die Sanierung als gebundene Ausgabe beschliessen darf, wie sie gestern in einer Mitteilung schrieb. Als gebunden und damit dem Referendum entzogen gelten laut AL Ausgaben, zu denen die Behörden «aufgrund übergeordneter gesetzlicher Bestimmungen und Auflagen» gezwungen sind und bei denen «zeitlich, örtlich oder sachlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum besteht».

Zwei mögliche Varianten

Im vorliegenden Fall bestehe «eindeutig ein Ermessensspielraum», schreibt die AL. So habe der Stadtrat selber im Laufe der Projektierung zwei mögliche Varianten ins Auge gefasst – zunächst eine teilweise Sanierung für 13,5 Millionen Franken, dann eine umfassende energetische Sanierung für 30 Millionen Franken.

Zu diesem Strategiewechsel sei es im November 2012 gekommen. Damals habe der Stadtrat beschlossen, auch die bahnseitige Fassade durch den aufwendigen Einbau einer zweiten Innenfassade energetisch zu dämmen. In der Budgetberatung im Gemeinderat sei dann die AL mit ihrem Antrag, den aufgestockten Projektierungskredit zu streichen, knapp unterlegen.

Mitsprache sicherstellen

Der Rekurs sei kein Plädoyer für einen ökologischen Minimalismus, versichert die AL. Die Eingabe verfolge einzig und allein den Zweck, bei derartigen Entscheiden die Mitsprache von Parlament und Bevölkerung sicherzustellen. (SDA)

«Der Kanton redet mehr drein, als dass er zahlt»

Gemeindeforum Gemeindevertreter verlangten an einer Podiumsdiskussion vom Kanton mehr Spielraum und warnten vor der Professionalisierung.

VON THOMAS SCHRANER

Das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden im Kanton Zürich birgt Zündstoff. Das bestätigte sich gestern an der lebhaften Podiumsdiskussion in Zürich zum Thema Aufgabenteilung.

Vor über 300 Behördenvertretern diskutierten im Rahmen des jährlichen Gemeindeforums Jörg Kündig (Gemeindepräsident in Gossau und FDP-Kantonsrat), Hans-Peter Hulliger (Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes und Gemeindepräsident in Bäretswil, FDP), Johannes Zollinger (Verband der Zürcher Schulpräsidenten und EVP-Kantonsrat), Hans-Jörg Baumberger (Verband der Zürcher Gemeindeforscher und Verwal-

tungsfachleute), Daniel Kübler (Politologe) und Regierungsrat Martin Graf (Grüne).

Zu weit weg von den Praktikern

«Das Gemeindegesetz ist von Misstrauen geprägt – zum Nachteil der Gemeinden», kritisierte Kündig, der eine ständig steigende Regulierungsdichte beklagte. Zollinger hieb mit Blick auf den Schulbereich in die gleiche Kerbe. Die obrigkeitliche Fürsorge des Kantons gehe zu weit. Man solle die Leute in den Gemeinden doch einfach mal machen lassen. «Im Verhältnis zu dem, was der Kanton zahlt, redet er zu viel drein», sagte Zollinger. Seiner Meinung nach fallen Entscheide oft zu weit oben, also zu weit weg von den Praktikern.

Regierungsrat Graf versprach daraufhin, die Kritik Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) weiterzuleiten, rief aber auch in Erinnerung, dass der Kantonsrat die geltenden Spielregeln mit dem Volksschulgesetz abgesegnet.

Scharf ins Gericht ging Kündig mit der vom Kanton und dem Bund vorangetriebenen Professionalisierung der Gemeindebehörden. «Die Professionalisierung macht das Milizsystem kaputt», sagte er. Die Anforderungen würden ständig höher, sei es bei der Feuerwehr, bei der Kinderbe-

«Heute braucht es bald einen Bachelor, um den Schulkindern das Mittagessen zu servieren.»

Johannes Zollinger, Verband der Zürcher Schulpräsidenten und EVP-Kantonsrat

treuung oder der Spitex. Niemand getraue sich mehr, Fehler zu machen. Das Resultat seien staatliche Strukturen. Genau das sei aber falsch. Besser fände er individuelle Lösungen, so Kündig.

Zollinger bestätigte die Fehlerangst. Sie habe zur Folge, dass immer

mehr Profis beigezogen würden. «Heute braucht es bald einen Bachelor, um den Schulkindern das Mittagessen zu servieren», meinte er. Graf stellte die allgemein höheren Anforderungen nicht in Abrede, rechtfertigte sie aber mit den ebenfalls gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung.

Die «Ballenberg-Behandlung»

Was die bauliche Entwicklung anbetrifft, beklagte Hulliger, der Kanton gestehe nur den Städten und Gemeinden entlang der Verkehrsachsen Wachstum zu, behandle aber den ganzen Rest des Kantons wie ein Ballenberg-Museum. Für das Streusiedlungsgebiet seiner Gemeinde wünsch er sich klare Richtlinien für die Behandlung der Baugesuche, generell aber mehr Kompetenzen für die Gemeinden. Politologe Kübler entgegnete, das Volk habe in Abstimmungen mehrfach das Umgekehrte verlangt, zum Beispiel bei der Kulturland- und der Zweitwohnungsinitiative.

In der Publikumsrunde provozierte der Neftenbacher Gemeindeforscher Kurt Aufzger mit der These, die einzige Autonomie, die den Gemeinden noch bleibe, sei das Recht, Steuern einzutreiben. Der Diskussionsrunde war diese Aussage zu radikal. Aber in der Tendenz stimme sie, meinte Kündig. Vor allem im Sozialbereich gebe es viele gebundene Ausgaben. Hulliger hingegen sieht noch einigen Spielraum bei der Gestaltung der Investitionen. Beim Thema Gemeindefusionen waren sich alle einig, dass solche nicht von oben verfügt werden können, sondern von unten kommen müssen.

Ein perfektionistischer Kanton

Einen provokativen Schlusspunkt setzte Gemeindepräsident Richard Hirt (CVP) aus Fällanden. «Der Kanton Zürich neigt zu Perfektionismus», sagte er mit Blick auf den Gewässerschutz. «Wir machen immer 150 Prozent von dem, was andere Kantone tun.» Widerspruch blieb aus.